

Chart of the Week

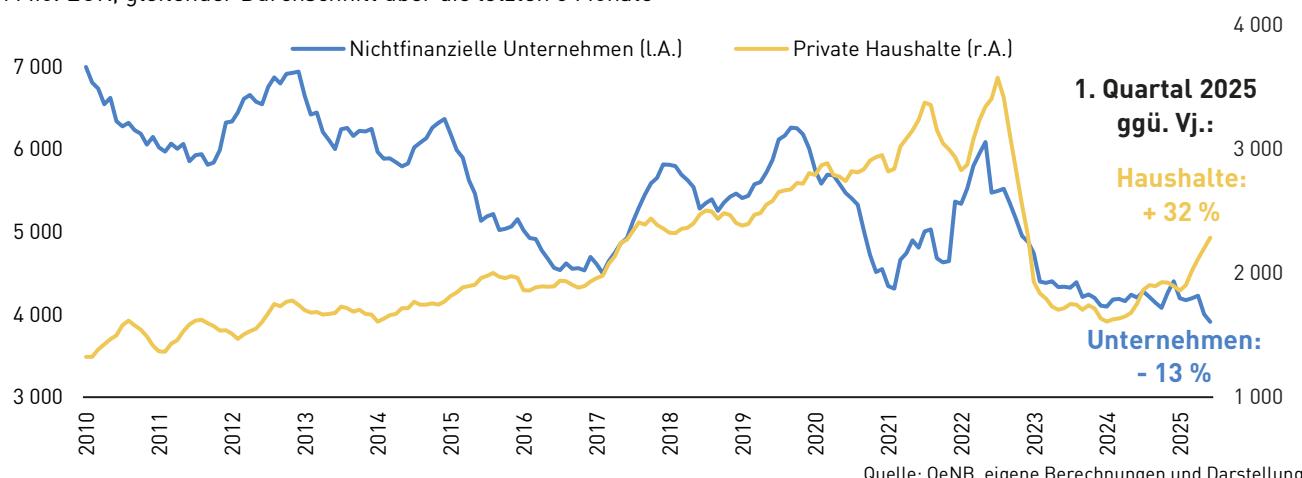
Unsicherheit dämpft Kreditnachfrage von Unternehmen

Die Kreditnachfrage ist ein wichtiger Frühindikator zur Beurteilung der künftigen Entwicklung von Konsum und Investitionen, da sie die Erwartungen und Planungen von privaten Haushalten und Unternehmen widerspiegelt. In den vergangenen Jahren führten die krisenbedingte Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und die daraus resultierenden hohen Zinsen zu einem deutlichen Einbruch bei Nachfrage und Vergabe von Neukrediten. Mittlerweile sinken die Zinssätze wieder. Die Leitzinssenkung der EZB von 4 % auf 2 % zwischen Juni 2024 und Juni 2025 hat die allgemeinen Zinssätze spürbar gedrückt und Kredite günstiger gemacht. Diese Politikwende zeigt sich bereits deutlich in der privaten Kreditnachfrage, wie eine aktuelle Umfrage der OeNB belegt: Nach einem historischen Tief Anfang 2024 liegt die Nachfrage der privaten Haushalte im 1. Quartal 2025 um +32 % über dem Vorjahreswert, getrieben vor allem durch Wohnbaukredite (+62 %). Bei Unternehmenskrediten ist hingegen keine Belebung zu erkennen. Im Gegenteil: Das Volumen der Neukreditvergabe sinkt weiter und liegt Anfang 2025 um -13 % unter dem Wert des 1. Quartals 2024.

Neukreditvergabe an Unternehmen Anfang 2025 um 13 % geringer als im 1. Quartal 2024

Neukreditvergabe an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich

In Mio. EUR, gleitender Durchschnitt über die letzten 6 Monate



Die Negativentwicklung bei Unternehmenskrediten lässt sich überwiegend auf einen rückläufigen Finanzierungsbedarf der Unternehmen für Anlageinvestitionen zurückführen. Hauptursachen sind die schwache Konjunktur seit Ende 2022 und die wachsende ökonomische wie handelspolitische Unsicherheit, befeuert durch die unberechenbare US-Zollpolitik der vergangenen Monate. In einem solchen Umfeld zögern Unternehmer:innen häufig bei langfristig ausgerichteten Vorhaben, wie Investitions-, Strategie- oder Personalentscheidungen. Zwar sind die neuen US-Zölle von 15 % auf EU-Importe betriebs- und volkswirtschaftlich kalkulierbar, doch Auslegungsunterschiede des „Deals“ zwischen EU und USA halten die Unsicherheit hoch und bremsen die Investitionsdynamik weiter.

FAZIT: Während sich bei den privaten Haushalten eine Stimmungsaufhellung und verstärkte Kreditnachfrage zeigt, hemmt die ökonomische und handelspolitische Unsicherheit Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Ein zügiges politisches Hinarbeiten auf die Förderung stabiler Handelsregime mit internationalen Partnern sowie die Stärkung eines leistungsfähigen EU-Binnenmarkts können Planungs- und Erwartungssicherheit für Unternehmen deutlich erhöhen. Darüber hinaus ließen sich dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen in Österreich durch gezielte Investitionsanreize wie etwa verbesserte Abschreibungsbedingungen erreichen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Dr. Katharina Filip,
katharina.filip@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 3386
12.August 2025